

Parteien zur Wahl



„Angenommen, Sie sind nach der Bundestagswahl an der Regierung beteiligt ...“ Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, Die Linke, FDP und SPD beantworten zwölf Fragen der Nachrichten aus der Chemie und des Verbands Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland.

Wie sollen der Bund und die Länder kooperieren, damit die Hochschulfinanzierung gesichert ist, und wie stehen Sie zu Bundesuniversitäten?

Die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen bedroht zunehmend, was bisher eine besondere Stärke des deutschen Wissenschaftssystems war: die hohe Qualität in der Breite der gesamten Hochschullandschaft. Bündnis 90/ Die Grünen wollen einer Trennung in 'Forschungshochschulen' und 'Ausbildungshochschulen' entgegenwirken und die Lehrqualität insgesamt verbessern. Damit die Länder ihre Hochschulen besser ausstatten können, wollen wir, dass der Bund größere Verantwortung – etwa bei der gemeinsamen Finanzierung der außeruniversitären Forschung – übernimmt.

Welche Förderprogramme planen Sie, welche stellen Sie auf den Prüfstand und was folgt auf die Exzellenzinitiative?

Forschung ist für uns von zentraler Bedeutung für die Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Entsprechend breit aufgestellt sind unsere Positionen zu bestehenden, zu reformierenden und neu einzurichtenden Programmen. Wir streben ein geordnetes Auslaufen der Exzellenzinitiative an, wollen jedoch die Graduiertenschulen und Exzellenzcluster, die sich bewährt haben, beibehalten und weiterentwickeln. Bei unseren FachpolitikerInnen besteht die Tendenz zu prüfen, wie beide ab 2018 in die DFG überführt werden können.

Wie wollen Sie den Stellenbefristungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen entgegen wirken, für bessere Arbeitsbedingungen sorgen und den Mittelbau stärken?

Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind ein Kernanliegen grüner Wissenschaftspolitik. Mit dem Vorschlag für einen „Pakt für zukunftsfähige Personalstrukturen und den wissenschaftlichen Nachwuchs“ unserer Bundestagsfraktion (BT-Drucksache 17/4203) sprechen wir uns für eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, für Mindeststandards für nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse, für neue Personalkategorien und für 1.000 neue Juniorprofessuren mit Tenure Track aus. Ein weiteres grünes Kernanliegen ist es, die Situation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb deutlich zu verbessern.

Welche Voraussetzungen für bessere Studienbedingungen, geringere Abbruchquoten und bessere Lehre werden Sie schaffen?

Bündnis 90/ Die Grünen wollen ein besseres und leistungsfähigeres Bildungs- und Wissenschaftssystem. Dazu wollen wir kurzfristig den Hochschulpakt 2 um jährlich 1 Mrd. aufstocken. Denn noch immer brechen im Durchschnitt 25% der Studierenden ihr Studium ab, in den MINT-Fächern 2011 sogar 35%. Nur wenn das Geld von Bund und Ländern ausreicht, gute Studienbedingungen zu schaffen, wird der Hochschulpakt erfolgreich sein. Gleichzeitig müssen verfassungsrechtliche Blockaden abgeräumt werden, damit der Bund die Länder beim Ausbau von Studienplätzen finanziell unterstützen darf.

In welchem Rahmen wollen Sie außerschulische Lernorte und Schülerlabore fördern und finanzieren?

Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich für bessere Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder ein. Ganztagschulen sind der Kern eines chancengerechten und inklusives Bildungssystems, denn sie bieten den Rahmen, in dem individualisiertes und kreatives Lernen stattfindet. Nach Aufhebung des Kooperationsverbots wollen wir ein neues Ganztagschulprogramm. Das schafft Schulen, in denen alle Kinder ganztägig mit- und voneinander lernen. Der Schulträger vor Ort entscheidet, ob Schülerlabore eingerichtet oder Kooperationen mit naturwissenschaftlich ausgerichteten Einrichtungen vor Ort genutzt werden.

Welchen Stellenwert messen Sie der Grundlagenforschung bei und welche Rolle spielen hierbei außeruniversitäre Forschungseinrichtungen?

Wir Grüne messen der Grundlagenforschung eine bedeutende Rolle im Wissenschaftssystem und für wirtschaftliche Sprunginnovationen bei. Deshalb sehen wir mit Sorge u.a. die Folgen der sinkenden Grundfinanzierung der Hochschulen. Dadurch wird die nicht programmgebundene Forschung und der FuE-relevante Nachwuchs gefährdet. Auch die

außeruniversitäre Grundlagenforschung (z.B. durch die Max-Planck-Gesellschaft) leistet wichtige Beiträge zu neuen gesellschaftlich wie wirtschaftliche wichtigen Erkenntnisprüngen.

Was planen Sie zu den Overheadkosten, die anfallen, wenn Hochschulen und Industrie zusammen forschen?

Bündnis 90/ Die Grünen wollen die Hochschulen finanziell stärken, sehen in der programmorientierten Forschung ein Förderinstrument von Kooperationen zwischen u.a. Hochschulen und Industrie und wollen sie deshalb beibehalten und werden Kooperation mit KMU durch eine steuerliche Forschungsförderung finanziell stärken.

Wie wird Ihre Förderung der Forschung und Entwicklung in der Industrie aussehen, und welche Rolle spielen dabei die kleinen und mittleren Unternehmen?

Zur Erschließung von Innovationspotenzialen setzen wir auf diverse Kooperationsarten zwischen Forschung, Wissenschaft und Gesellschaft und einen vielseitigen Wissens- und Technologietransfer. Wir wollen die Wissenschaft, insbesondere den wissenschaftlichen Nachwuchs, stärken, was der Industrie zugutekommt. Die programmorientierte Forschungsförderung wollen wir durch eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen ergänzen. Sie sollen eine 15%ige Steuergutschrift für ihre FuE-Ausgaben erhalten, die Sachkosten – und somit die Aufwendungen für Auftragsforschung – einschließt.

Wie werden Sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz der Industrie anpassen und wie lauten Ihre Klimaziele?

Die Industrie profitiert zurzeit von sinkenden Börsenstrompreisen, die auch auf den Ökostrom-Ausbau durch das EEG zurückgehen. Dies wollen wir fortführen, zudem das EEG von unnötigen Kosten befreien und so den Mittelstand entlasten: Die Industrie-Privilegien sollen wieder auf Härtefälle beschränkt werden, die im internationalen Wettbewerb stehen, und der Mindestbeitrag angehoben werden.

Wir wollen ein Klimaschutzgesetz mit folgenden verbindlichen Zielen: Reduktion der klimaschädlichen Emissionen bis 2020 um 40 %, bis 2030 um 60 %, bis 2040 um 80 % und bis 2050 um 95 % unter das Niveau von 1990.

Welche Strategie verfolgen Sie beim Atommüll und welche beim Fracking?

Wir wollen, dass mit breiter BürgerInnenbeteiligung bundesweit, ergebnisoffen, nach wissenschaftlichen Kriterien und transparent der bestgeeignete Atommüll-Endlagerstandort gesucht wird. Die Suche muss von den Verursachern finanziert werden. Atommüllexport wollen wir verbieten.

Das Fracking, also die Förderung von unkonventionellem Erdgas insbesondere mittels giftiger Chemikalien, lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab. Es behindert darüber hinaus Klimaschutz und Energiewende. Zudem dürfen giftige Lagerstättenwasser nicht wieder verpresst werden.

Welche Biotechniken werden Sie stoppen, dulden, fördern, und wo liegen Ihre Prioritäten bei der Forschung zur synthetischen Biologie?

Wir planen nicht, die Erforschung einzelner biotechnologischer Methoden zu stoppen. Bei der Agro-Gentechnik und der Forschung mit embryonalen Stammzellen beurteilen wir allerdings eine Förderung mit öffentlichen Mitteln kritisch.

Die synthetische Biologie werden wir nach ähnlichen Kriterien beurteilen wie die Gentechnik: Solange eine Freisetzung nicht vorgesehen ist und ein unbeabsichtigtes Entweichen zuverlässig vermieden werden kann, stehen wir dieser neuen Technologie nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Bezüglich des Missbrauchspotentials von z.B. künstlich hergestellten Pathogenen werden wir uns für eine strikte Überwachung und ggf. Beschränkung der Forschung einsetzen.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass es auch weiterhin gut ausgebildete Wissenschaftler für die verschiedenen Organismengruppen (insbesondere Taxonomie) gibt, damit Deutschland den Verpflichtungen der Biodiversitäts-Konvention nachkommen kann?

Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich für alle Aspekte der Umsetzung der Biodiversitäts-Konvention ein, bei der die Wissenschaft eine unerlässliche Partnerin ist. Auf Bundesebene können wir keine Lehrstühle an Hochschulen einrichten und zurzeit nicht einmal gezielt unterstützen. Deswegen wollen wir in Kooperation mit den Ländern die gesamte Bandbreite der Biodiversitätsforschung unterstützen. Wir wollen ein wissenschaftliches Bundesprogramm für die Sicherung der Lehre und wissenschaftlicher Sammlungen, die Förderung anwendungsorientierter Forschung sowie den Aufbau einer funktionierenden Monitoring-Struktur.